

Beschluss des GEW-Hauptvorstandes zur Foederalismusreform:

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stellt fest, dass der aktuelle Stand der geplanten Gesetzesänderung im Rahmen der Foederalismusreform fuer die Intention, die Zustaendigkeiten zwischen Bund und Laendern zu entflechten sowie fuer mehr Transparenz fuer die Buergerinnen und Buerger zu sorgen, nicht zielfuehrend ist. Die geplanten Gesetzesänderungen werden lediglich die Position der Laender gegenueber dem Bund staerken.

Insbesondere im Bildungsbereich ist die kuenftige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Laendern und das damit einhergehende Kooperationsverbot schaedlich. Statt den Anforderungen eines zusammenwachsenden Europas gerecht zu werden, versinkt Deutschland in bildungspolitischer Kleinstaaterei. Die Verlagerung der Kompetenzen fuer das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht im Beamtenbereich auf die Bundeslaender fuehrt zu einem ruinoesen Wettlauf zwischen den Laendern, den die Beschaeftigten mit Einkommenseinbußen und Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen bezahlen werden.

Der GEW-Hauptvorstand fordert alle Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Parteien auf, das zurzeit vorliegende Gesetzespaket zur Foederalismusreform abzulehnen.

Frankfurt am Main, den 24. Juni 2006

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. H. ...', with several horizontal lines drawn underneath it.